

Frankreich

Christian Lequesne

Seit dem negativen Referendum zum Europäischen Verfassungsvertrag im Mai 2005 steckt die französische Europapolitik in einer Sackgasse. Präsident Chirac, der zu diesem Referendum aufgerufen hatte, verfügte nicht über die notwendigen politischen Mittel, um diese Krise mit neuen Vorschlägen zu überwinden. Nicolas Sarkozy, der im Mai 2007 zu seinem Nachfolger gewählt wurde, sah sich beim Thema Europa einer Blockade gegenüber, zu deren Lösung er den Partnern einen Kompromiss als Ausweg aus der Krise anbot und sich dabei auf seine innenpolitische Mehrheit stützen wollte.

Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2007

Das Jahr 2007 war von zwei Wahlterminen geprägt: Zum einen der Präsidentschaftswahl im April und Mai, gefolgt von den Parlamentswahlen im Juni. In der Kampagne zur Präsidentschaftswahl standen sich im Wesentlichen zwei Kandidaten gegenüber, die für einen Generationswechsel stehen: Nicolas Sarkozy auf der rechten und Ségolène Royal auf der linken Seite. Die beiden ehemaligen Minister, beide in Frankreich wohlbekannt, führten einen Wahlkampf rund um das Thema Zäsur und Veränderung. Für Nicolas Sarkozy bestand die Zäsur in seinem Bruch mit dem Erbe Chiracs und dem reinen, klassischen Gaullismus, wobei er mit dem Finger auf die notwendigen Reformen deutete, die noch nicht vollendet sind: Steuerpolitik, Arbeitsmarkt sowie die Autonomie der Universitäten. Für Ségolène Royal fand der Bruch mit den führenden Köpfen der sozialistischen Partei statt. Es gelang ihr, eine direkte Bindung mit den Wählern der Linken aufzubauen, zum Nachteil der Machtspiele innerhalb der sozialistischen Partei selbst, wobei die Wahlkampfthemen keine starke Annäherung der französischen Sozialisten an die europäische Sozialdemokratie erkennen ließen. In der Präsidentschaftskampagne machte aber auch ein dritter Kandidat von sich reden: François Bayrou, der Vorsitzende der Zentrumspartei UDF. Er führte seinen Wahlkampf unter dem Motto „eine andere Politik“ als die beiden großen Parteien. Die Wahl zeichnete sich durch eine Wahlbeteiligung in Rekordhöhe aus (83% in beiden Wahldurchgängen). Im ersten Wahlgang traten 12 Kandidaten an. Sieger war Nicolas Sarkozy (31%), gefolgt von Ségolène Royal, die mit 25% sehr gut abschnitt. Auf Rang drei landete François Bayrou (18%), ebenfalls mit einem sehr starken Ergebnis. Der Kandidat der extremen Rechten, Jean-Marie Le Pen, erlitt mit 10% der Stimmen eine herbe Niederlage – es war sein schlechtestes Ergebnis seit zehn Jahren. Dieser Stimmenrückgang erklärt sich durch die Tatsache, dass es Nicolas Sarkozy gelungen war, die Stimmen auch der Wähler ganz rechts für sich zu gewinnen – mit Themen wie verstärkter Polizeipräsenz angesichts steigender Kriminalität. Auch wenn der Wahlausgang zunächst offen schien, gewann Nicolas Sarkozy die zweite Runde am 6. Mai 2007 mit 53% der Stimmen gegenüber 46,9% für Ségolène Royal. Der Sieg Sarkozys ist zweifelsohne das Ergebnis einer langen persönlichen Vorbereitung und eines Programms, das tief greifende und schnelle Reformen verlangt.

Übersetzt aus dem Französischen von Lisa Förster.

Auf die Präsidentschaftswahlen folgten am 10. und 17. Juni 2007 die Parlamentswahlen. Die Partei von Präsident Sarkozy, die UMP, hält weiterhin die Mehrheit der Sitze in der Nationalversammlung (313 Sitze von 577), doch der von einigen Umfrageinstituten vorausgesagte Erdrutschsieg für die Rechten blieb aus. Die Sozialisten erhielten 32,2% der Stimmen, was einer nicht zu vernachlässigenden Zahl von 186 Sitzen in der Nationalversammlung entspricht. Die UDF von François Bayrou, die in Mouvement des Démocrates umbenannt wurde, konnte lediglich drei Sitze gewinnen, denn der Großteil der Abgeordneten in der vorangegangenen Legislaturperiode trat nun für die UDF an, die Nicolas Sarkozy die Treue geschworen hatte und als „Nouveau Centre“ (neues Zentrum) angetreten war. In der Nationalversammlung stellen sie 22 Abgeordnete. Es gibt mehrere Gründe für das akzeptable Abschneiden der PS. Der erste war ein Fehler von Minister Jean-Louis Borloo, der zwischen den beiden Wahlgängen eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 5% auf Importprodukte angekündigt hatte. Der zweite bestand im Wunsch vieler Wähler der bürgerlichen Mitte, die zwar für Sarkozy als Präsidenten gestimmt hatten, durch ihre Stimme für einen Abgeordneten der Linken aber ein Gegengewicht schaffen wollten.

Nicolas Sarkozy ernannte François Fillon, der bereits unter Juppé und Raffarin Ministerämter innehatte, zum Premierminister. Er berief nur wenige Mitglieder der UDF in die Regierung, dafür aber einige Sozialisten, um die Notwendigkeit der „Öffnung“ zu unterstreichen. So wurde der Sozialist Bernard Kouchner Außenminister. Insgesamt spielt der Premierminister eine relativ blasse Rolle in der neuen französischen Regierung. Nicolas Sarkozy ist ein Präsident, der sich gerne einmischt, was zu einer Bestätigung der Tendenz zur „Präsidialisierung“ der V. Republik führt.

Die Vorschläge zur Überarbeitung der Verträge

Mit seinem Amt übernahm Nicolas Sarkozy das Erbe des negativen Referendums zum Europäischen Verfassungsvertrag. Die Präsidentschaftskampagne war wie üblich von innenpolitischen Fragen geprägt und weniger durch die Europapolitik. Der neue Präsident positionierte sich jedoch rasch und fand einen Weg aus der institutionellen Krise. Bereits in einer Rede in Brüssel im September 2006 schlug er einen „Mini-Vertrag“ vor, der die wichtigsten Bestimmungen im institutionellen Teil des Verfassungsvertrags aufnahm und im Parlament ratifiziert würde. Diesen vereinfachten Vertrag stellte Sarkozy auf dem Juni-Gipfel unter deutscher Präsidentschaft als Diskussionsgrundlage vor.¹ Die offizielle Haltung Frankreichs zum Reformvertrag unterstreicht, dass es sich um eine Verbesserung des bestehenden Vertrags handelt. Man möchte bei den eigenen Bürgern nicht den Eindruck erwecken, man missachte ihr Votum im Referendum vom Mai 2005.² Nicolas Sarkozy sitzt auf der Suche nach einem Kompromiss bei den institutionellen Fragen im Europäischen Rat in Brüssel im Juni 2007 tatsächlich zwischen zwei Stühlen.³

Auf der einen Seite stehen die „Maximalisten“ in Gestalt der 18 Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die den Europäischen Verfassungsvertrag ratifiziert haben (unter ihnen Spanien und Luxemburg mit einem Referendum). Am anderen Ende des Spektrums

1 Lequesne, Christian: *Traité simplifié. L'Europe sera-t-elle relancée?*, 2007, http://www.telouseu.com/2007/06/traite_simplifie_2_leurope_ser.php#more.

2 Laurent, Annie/ Nicolas Sauger: *Le référendum de ratification du Traité constitutionnel européen du 29 mai 2005: comprendre le „non“ français*, in: *Cahiers du CEVIPOF*, 2005, Nr. 42.

3 Lequesne, Christian: *La France et l'élargissement de l'Union européenne. La difficulté de s'adapter à de nouveaux objectifs*, in: *Questions Internationales*, 2007, Nr. 25, Mai-Juni, S. 84-89.

finden sich die „Minimalisten“, die Länder, die das französische und niederländische Nein nutzen, um die Ratifizierung des Verfassungsvertrags auf Eis zu legen, da eine institutionelle Reform für sie niemals eine Priorität dargestellt hatte. Zu ihnen zählen im Wesentlichen Großbritannien, Polen, die Tschechische Republik und die Niederlande. Folglich beriet sich Nicolas Sarkozy mit jedem einzelnen Partner und stellte fest, dass der mehrfache Bilateralismus im Entscheidungsfindungsprozess in Europa noch aktuell ist. Sarkozy spielte an der Seite Angela Merkels eine wichtige Rolle auf der Suche eines Kompromisses mit Polen auf dem Europäischen Rat am 21. und 22. Juni. Man hatte den Eindruck, Frankreich sei nach Europa zurückgekehrt. Die Ratifizierung des Reformvertrags auf dem parlamentarischen Weg dürfte in Frankreich kein größeres Problem darstellen, auch wenn eine nationale Verfassungsänderung dafür notwendig wird, die nur mit Unterstützung eines Teils der sozialistischen Opposition bewerkstelligt werden könnte.

Eine Pause bei der künftigen Erweiterung

Anders als Jacques Chirac, aber auch als sein Außenminister Bernard Kouchner, ist Nicolas Sarkozy gegen einen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union. Er plädiert für eine „privilegierte Partnerschaft“ und ist hier auf einer Linie mit Angela Merkel. Nicolas Sarkozy sieht Europa als kulturelle Einheit, womit er seine Weigerung gegen den Beitritt der Türkei zur Union erklärt. Für ihn ist die Türkei ein großer Nachbar Europas aufgrund seiner Geschichte, aber nicht „europäisch“ aufgrund seiner kulturellen Identität. Während der Wahlkampagne zögerte Nicolas Sarkozy nicht, das christliche Erbe Europas zu unterstreichen, was die katholische Wählerschaft und auch den polnischen Partner sicherlich beruhigte. Nicolas Sarkozy hatte auch nicht die Absicht, zu Beginn seiner Amtszeit in Brüssel über die Türkei zu streiten. Frankreich wird sich mit diesem Thema bis zum Europäischen Rat im Dezember 2007 gedulden, wenn der Bericht der Kommission über das Fortschreiten der Beitrittsverhandlungen vorgelegt wird. Nicolas Sarkozy ist nicht prinzipiell gegen einen Beitritt der westlichen Balkanstaaten (Serbien, Mazedonien, Montenegro, Bosnien-Herzegowina, Albanien), die er als „europäisch“ bezeichnet.⁴ Zu einem möglichen Beitritt der Ukraine oder der Republik Moldau gibt es keine offizielle Stellungnahme Sarkozys – er scheint die alte Position des Quai d’Orsay über eine bestmögliche Einbindung dieser Staaten im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik zu vertreten.

In Zukunft wird über jeden Beitritt zur EU – nach dem Beitritt Kroatiens – in Frankreich per Referendum abgestimmt.⁵ Diese Verpflichtung, die im Februar 2005 in der französischen Verfassung verankert wurde, stellt einen Kompromiss dar. Auch hier ist wie beim Verfassungsvertrag das Risiko einer Blockade der Union durch das französische Volk in Zukunft nicht zu vernachlässigen. Sarkozy äußerte sich mehrfach zur Verpflichtung, die Grenzen der Union zu skizzieren. Doch in Frankreich – dem Land, in dem das nationale Wir-Gefühl im Wesentlichen durch präzise räumliche (das Staatsgebiet einschließlich der Überseegebiete) und politische (der Nationalstaat) Grenzen bestimmt wird – von den Grenzen der Union zu sprechen, ist quasi Pflicht, um in der Diskussion um die Zukunft des Integrationsprozesses die öffentliche Meinung auf die eigene Seite zu holen.

4 Sarkozy, Nicolas: Discours sur l’Europe à la bibliothèque Solvay, Brüssel, 8. September 2006, www.friendsofeurope.org.

5 Lequesne, Christian: Referenda and European integration: a misguided procedure?, in: Garnet Policy Brief, 2005 Nr. 1, www.garnet-eu.org.

Haushalt, Handel und Währungspolitik

Frankreich wird den Vorsitz der Europäischen Union in der zweiten Hälfte des Jahres 2008 übernehmen und sich mit der Korrektur der Finanzplanung 2007-2013 befassen, die im Dezember 2005 unter der britischen Präsidentschaft angenommen wurde. Beim Thema der Mittelkürzung für die gemeinsame Agrarpolitik (einem sensiblen Thema für jeden französischen Staatspräsidenten) zeigt sich Nicolas Sarkozy offener für einen Kompromiss als Jacques Chirac. Die Berufung von Michel Barnier, einem ehemaligen stark pro-europäisch eingestellten Kommissar, an die Spitze des Ministeriums für Landwirtschaft und Fischerei, gilt als deutliches Signal. Dagegen zeigt sich Nicolas Sarkozy mit Vorbehalten gegen eine Aufhebung der derzeitigen Schutzmechanismen in der Agrarpolitik. Schließlich ist Nicolas Sarkozy nicht „liberal“ im angelsächsischen Sinn. Ein solches Profil des „reinen Liberalen“ gibt es kaum in der französischen Politik. Wenn Nicolas Sarkozy als liberal gelten kann, dann bei der Deregulierung des Arbeitsmarkts und bei Steuersenkungen, zudem spricht er sich für Schutzmaßnahmen im internationalen Handel aus. Für ihn gibt es den „echten“ Freihandel nur in der neoliberalen Theorie, aber kaum in der Realität. Im Rahmen des Doha-Prozesses ließ Nicolas Sarkozy einige Tage nach seiner Amtseinführung verlauten, dass Frankreich bei jeglicher Vereinbarung, die Kommissar Mandelson erzielt, sein Veto einlegen wird, wenn das Ergebnis nicht zufrieden stellend erscheint.

Während der Wahlkampagne kritisierte Nicolas Sarkozy die Europäische Zentralbank mehrfach, aber nicht wegen ihrer Unabhängigkeit (wie es Ségolène Royal tat), sondern wegen ihrer Politik zur Aufwertung des Euro. In diesem Punkt stimmen ihm zahlreiche französische Wirtschaftsexperten zu. Nicolas Sarkozy ist der Auffassung, ein starker Euro schade der Exportdynamik. Das Argument ist angesichts des starken Aufschwungs der deutschen Exporte seit 2006 nicht sehr überzeugend und auch aufgrund der Tatsache, dass das größte Handelsdefizit Frankreichs mit Deutschland besteht, einem Land, bei dem die Frage des Wechselkurses nicht ausschlaggebend ist. Premierminister Fillon kündigte am 3. Juli 2007 die Entscheidung an, die Wiederherstellung eines ausgeglichenen Haushalts auf 2010 bis 2012 zu verschieben, was in Brüssel Verstimmungen hervorrief. Hier unterscheidet sich die französische Wirtschaftspolitik deutlich von der der deutschen Regierung, die sich bemüht, die Staatsverschuldung durch höhere Steuereinnahmen zu senken.

Letztendlich rückten die Bemühungen des neuen Präsidenten, einen Ausweg aus der Krise des Verfassungsvertrags zu finden, Frankreich wieder stärker in das Zentrum des Brüsseler Entscheidungsprozesses. Nicolas Sarkozy muss den Partnern auch beweisen, dass er seine wirtschaftlichen Reformen in Frankreich tatsächlich umsetzen und mit der Vorstellung des französischen Dirigismus in der Wirtschaftspolitik brechen möchte. Die Frage der künftigen Erweiterung der Union, insbesondere mit der Türkei, stellt ebenfalls eine Quelle für Spannungen dar. Nicolas Sarkozy muss Fingerspitzengefühl beweisen, um nicht mehr den Eindruck zu erwecken, Frankreich sei ein Land, das sich grundsätzlich der Erweiterung widersetzt. Allgemeiner gesagt, ist der Übergang von einer reaktiven zu einer pro-aktiven Position unter Einbeziehung der Veränderungsmöglichkeiten in Europa und der Welt notwendig, um Frankreich eine stärkere Glaubwürdigkeit in der Union mit 27 Mitgliedern wiedererlangen zu lassen.

Weiterführende Literatur

Duphy, Anne/Christian Manigand: *La France au risque de l'Europe*, Paris 2006.

Goulard, Sylvie: *Le coq et la perle: cinquante ans d'Europe*, Paris 2007.